

A7 Die Umsetzung des Koalitionsvertrages ist Aufgabe der gesamten Partei!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 15.09.2019

Tagesordnungspunkt: 4. Antrag des Landesvorstands: Die Umsetzung des Koalitionsvertrages ist Aufgabe der gesamten Partei!

Antragstext

1 Nach einem erfolgreichen Wahlkampf, sowie konzentrierten Sondierungsgesprächen
2 und Koalitionsverhandlungen hat der Landesverband Bremen von Bündnis/Die Grünen
3 einen Koalitionsvertrag mit SPD und Linken geschlossen, der eine deutlich grüne
4 Handschrift trägt. Dieser Vertrag ist die Grundlage für die Arbeit von Fraktion
5 und Senatsmitgliedern der Grünen, die dafür gewählt sind. Aber er ist von der
6 Partei geschlossen worden; nur die grüne Partei als Ganze kann die Möglichkeiten
7 und Versprechen, die dieser Vertrag formuliert, erfolgreich umsetzen.

8 Es kommt darauf an, dass alle Ebenen der Partei von den Kreisverbänden und
9 Beiräten bis zu den Senatsressorts auf einer gemeinsamen politischen Linie
10 arbeiten und an der Festlegung und der Umsetzung unserer Ziele und Maßnahmen
11 beteiligt sind. Die Sichtbarkeit der grünen Partei als handelnde Einheit wird
12 unsere Attraktivität als Gestaltungskraft erhöhen. Dazu sollen u.a. die
13 folgenden Maßnahmen dienen:

14 1.

15 Die Kreisverbände und Stadtteilgruppen und die ihnen zugeordneten
16 Beiratsfraktionen nehmen wesentliche Aufgaben der kommunalen Mitgestaltung in
17 Fragen von Bau, Stadtentwicklung, Verkehr, aber auch Bildung und Soziales wahr.
18 Sie vertreten dabei – in grüner Perspektive – auch die Interessen und
19 Standpunkte der jeweiligen Stadtteile, die sich naturgemäß von den Sichtweisen
20 von Parlament und Verwaltung der Gesamtstadt unterscheiden können. In den
21 vergangenen Jahren haben sich diese aufgabenbedingten Unterschiede mehrfach zu
22 tiefgehenden, auch öffentlich ausgetragenen Konflikten zwischen grünen Beiräten,
23 (auch grünen) Ressorts und teilweise grüner Fraktion entwickelt. Das wollen wir
24 in Zukunft vermeiden.

25 Die Landesmitgliederversammlung bittet die Beiratsfraktionen und die
26 Stadtbürgerschaftsfraktion, die gegenseitige frühe Information und Abstimmung zu
27 verbessern. Sie bittet die Beiratsfraktionen, gute Beispiele und wichtige
28 Beschlüsse parteiintern (z.B. über den Newsletter) öffentlich zu machen. Sie
29 fordert den Landesvorstand auf, ein „Frühwarnsystem“ einzurichten, damit alle
30 Betroffenen mögliche Konflikte frühzeitig anzeigen und dann gemeinsam Ziele und
31 Verfahren zur Lösung verabreden können. Dazu sollen ein*e
32 Landesvorstandssprecher*in, ein*e Vertreter*in des jeweils zuständigen Ressorts,
33 die oder der zuständige Abgeordnete und ein*e Sprecher*in des jeweils
34 betroffenen Beirats zusammenkommen.

35 2.

36 Die Landesmitgliederversammlung fordert die Kreisverbände und Stadtteilgruppen
37 auf, Projekte und Initiativen für „Klimaschutz im Quartier“ zu verstärken und
38 neu zu entwickeln. Das können öffentliche Aktionen und Informationskampagnen
39 sein, Initiativen über die Beiräte, Kooperationen mit anderen Organisationen,
40 Vereinbarungen mit örtlichem Handel und Gewerbe u.v.m. Es geht um die Vielfalt

41 der Möglichkeiten, die zeigen, dass Klimaschutz eine gesellschaftliche Bewegung
42 ist. Und es geht darum, diese Bewegung in der ganzen Stadt sichtbar zu machen.

43 Die Landesmitgliederversammlung bittet den Landesvorstand, zum Start einen Markt
44 der Möglichkeiten zu organisieren und in der zweiten Hälfte des Jahres 2020 den
45 Kreisverbänden und Stadtteilgruppen die Möglichkeit zu geben, auf einer
46 Landesmitgliederversammlung ihre Initiativen zu präsentieren.

47 3.

48 Die Landesmitgliederversammlung bittet Landesvorstand und
49 Kreisverbände/Stadtteilgruppen, eine kritische Bestandsaufnahme zu organisieren,
50 welche – staatlichen und privaten – Einrichtungen der bürgerschaftlichen,
51 sozialen und kulturellen Teilhabe es in den jeweiligen Quartieren gibt, wie sie
52 zusammenarbeiten, wie sie ausgestattet sind; was es gibt, was fehlt. Denn diese
53 Einrichtungen sind das Gerüst einer „Guten Nachbarschaft“, die wir für den
54 Zusammenhalt der Gesellschaft verbessern und ausbauen wollen. Die kritische
55 Bestandsaufnahme soll an keinem grünen Tisch, sondern in Gesprächen mit den
56 Einrichtungen entstehen und dann öffentlich im Quartier zur Diskussion gestellt
57 werden.

58 Die Landesmitgliederversammlung fordert den Landesvorstand auf, zur methodischen
59 Vorbereitung eine Einführung zu organisieren.

60 4.

61 Wir sprechen zu Recht von der Gefahr einer zunehmenden Spaltung der
62 Gesellschaft; wir neigen aber selbst naturgemäß auch dazu, uns vor allem in
63 unserem politischen Milieu zu bewegen. Wir sollten jedoch die politische
64 Auseinandersetzung mit Kritiker*innen etwa unserer Klima- und Verkehrspolitik
65 oder unseren Auffassungen einer offenen Gesellschaft von uns aussuchen.

66 Die Landesmitgliederversammlung bittet daher Landesvorstand, Fraktion und
67 Senatsmitglieder, kleinteilige Formate der politischen Debatte zu entwickeln
68 („Senator*in vor Ort“, „Heißer Stuhl“ u.Ä.). Sie fordert den Landesvorstand auf,
69 im kommenden Frühjahr „Nicht-Wahlkampf-Stände“ zu organisieren, die zu
70 Diskussion und Kritik an grüner Politik einladen.

Begründung

Erfolgt mündlich.